



N i e d e r s c h r i f t

über die 13. Sitzung des Gemeinderates am Mittwoch, 16. August 2023, um 18:00 Uhr, in der Ratsstube

Vorsitz:

Bürgermeister Dr. Christian Margreiter

anwesend:

StR Johannes Tilg, B.A.

StR Daniel Neuner

StRin Theresa Schatz

StRin Barbara Schramm-Skoficz

GRin Sabine Kolbitsch

GR Dr.jur. Christian Visintiner

GR Mag. Michael Schober

GR Florian Staudinger

Ersatz-GR DI (FH) Thomas Erbeznik

Vertretung für 2. Bgm-Stv.
DI Dr. Werner Hackl

GRin Monika Bucher-Innerebner

GR Christoph Sailer

Ersatz-GR MMag. Nicolaus Niedrist, BSc.

Vertretung für GR Ing. Dieter Schirak

GR Benjamin Hinterholzer

GRin Manuela Pfohl, BScN MSc

Ersatz-GR Samuel Pfohl

Vertretung für 1. Bgm-Stv. Mag.a Julia Schmid

Ersatz-GR Heinrich Atzl

Vertretung für GRin Angelika Sachers

GR Florian Katzengruber, BSc MA

GRin Irene Partl

GR Michael Henökl

GR Mag. (FH) Thomas Viertl

abwesend:

1. Bgm-Stv. Mag.a Julia Schmid

entschuldigt

2. Bgm-Stv. DI Dr. Werner Hackl, BSc.

entschuldigt

GR Ing. Dieter Schirak

entschuldigt

GRin Angelika Sachers

entschuldigt

Protokollunterfertiger:

GR Dr. Christian Visintiner

GR Benjamin Hinterholzer

Schriftführerin:

Mag. Ingrid Windbichler

Bürgermeister Dr. Margreiter eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

T a g e s o r d n u n g

1. Volksschule am Stiftsplatz – Schulische Tagesbetreuung, Anschaffung der Ausstattung, Nachtragskredite, Mittelfreigabe
2. Umbauarbeiten Büros des Umweltamtes und Nachtragskredit
3. Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit bei Tagesordnungspunkt 4. und 5.
4. Bieterverfahren - 3. Runde; Postgrundstücke Essacherstraße (Teilnahme HallAG Kommunal GmbH, Stadtgemeinde Hall in Tirol)
5. Verleihung der Haller Sportnadel - Nachnominierung
6. Anträge, Anfragen und Allfälliges

zu 1. **Volksschule am Stiftsplatz – Schulische Tagesbetreuung, Anschaffung der Ausstattung, Nachtragskredite, Mittelfreigabe**

ANTRAG:

1. Anschaffung von Ausstattung für die Essensausgabe im Schulzentrum

Für die Umsetzung der Schulischen Tagesbetreuung für Schüler der VS Stiftsplatz soll die Essensausgabe in den bestehenden Räumen des Schulzentrums angeboten werden.

Dafür ist im Schulzentrum die Anschaffung von zusätzlicher Ausstattung nötig. Bei der Firma Rechberger GmbH, Rechbergerstraße 1, 4020 Linz wird, gemäß dem Angebot vom 15.06.2023, die Anschaffung von Gastronomieausstattung zum Preis von EUR 8.257,36 genehmigt. Weiters wird bei der Firma Piller Schul- und Objekteinrichtungen GmbH, Schusterbergweg 83, 6020 Innsbruck die Anschaffung von Inventar (30 Stühle, 15 Tische und Sonstiges) im Bereich der Essensausgabe laut beiliegendem Angebot vom 06.06.2023 zum Preis von EUR 13.846,80 genehmigt. Für die Erweiterung der Geschirrspüle wird die Anschaffung von Ausstattung bis zu einem Betrag von EUR 800,-- genehmigt.

Für diese Investition sind im Voranschlag 2023 keine Mittel vorgesehen. Es wird ein Nachtragskredit auf HHKTO 1/211010-042002 (Ausstattung Tagesbetreuung Verpflegung (Schulzentrum)) in Höhe von EUR 23.000,- genehmigt. Die Bedeckung erfolgt in voller Höhe aus Entnahme aus der allg. Haushaltsrücklage. Die Mittel werden in voller Höhe frei gegeben.

2. Anschaffung von Ausstattung der Räume VS Stiftsplatz

Für die Ausstattung der Gruppenräume A und B sowie für Lehrerzimmer und Nebenräume im 1. OG wird bei der Firma Piller Schul- und Objekteinrichtungen GmbH, Schusterbergweg 83, 6020 Innsbruck das entsprechende Inventar laut beiliegendem Angebot vom 15.06.2023 zum Preis von EUR 47.967,48 angeschafft.

Für diese Investition sind im Voranschlag 2023 auf HHKTO 1/211010-042001 (Ausstattung Tagesbetreuung) lediglich Mittel in Höhe von EUR 10.000,- vorgesehen. Es wird ein Nachtragskredit auf dem vorgenannten HHKTO in Höhe von EUR 38.000,- genehmigt. Die Bedeckung erfolgt in voller Höhe aus Entnahme aus der allg. Haushaltsrücklage.

Die Mittel in Höhe von EUR 48.000,- werden frei gegeben.

3. Anschaffung von Ausstattung sowie Ausmalen von Räumlichkeiten im Hort Leopoldinum

Für die Umsetzung der Schulischen Tagesbetreuung für Schüler der VS Stiftsplatz soll eine zusätzliche Freizeitbetreuung in den Räumlichkeiten im Hort Leopoldinum Hall angeboten werden. Dazu sollen Möbel und andere Ausstattungsgegenstände für Aufenthaltsraum, Kreativraum, Garderobe und Lernraum im Untergeschoß des Hortgebäudes Leopoldinum angeschafft werden. Auch das Ausmalen dieser Räume ist zu beauftragen.

Möbel und Ausstattungsgegenstände werden bei der Firma Piller Schul- und Objekteinrichtungen GmbH, Schusterbergweg 83, 6020 Innsbruck, laut beiliegendem Angebot vom 21.06.2023, zum Preis von EUR 25.690,20 angeschafft. Dieses Inventar ist als städtisches Vermögen zu sehen, welches zum Zwecke der Leistungserbringung an Haller Schülern in den Räumen des Hortes untergebracht ist.

Für die Malerarbeiten wird die Firma Malerei Erler, Fassergasse 31, 6060 Hall, laut beiliegendem Angebot vom 19.06.2023, zum Preis von EUR 921,60 beauftragt.

Für diese Maßnahmen sind im Voranschlag 2023 auf HHKTO 1/211010-042003 (Ausstattung Tagesbetreuung Expositur Leopoldinum) keine Mittel vorgesehen. Es wird ein Nachtragskredit auf dem vorgenannten HHKTO in Höhe von EUR 26.700,- genehmigt. Die Bedeckung erfolgt in voller Höhe aus Entnahme aus der allg. Haushaltsrücklage. Die Mittel werden in voller Höhe frei gegeben.

4. Förderungen

Für die im Antrag genannten Ausgaben werden entsprechende Förderanträge beim Land Tirol eingereicht. Insbesondere Fördermittel im Rahmen der § 15a Vereinbarung (Ausbau Kinderbetreuung) sollen dabei abgerufen werden.

BEGRÜNDUNG:

Im GR v. 28.03.2023 wurde gemäß Tiroler Schulorganisationsgesetz 1991 § 99 a die Volksschule Am Stiftsplatz ab dem Schuljahr 2023/2024 zur ganztägigen Schule bestimmt. Für die Umsetzung sind diese Maßnahmen zu genehmigen.

Wortmeldungen:

GR Viertl fragt betreffend die maximale Förderhöhe von € 110.000,-- nach, ob es sich hierbei um einen Maximalbetrag im Hinblick auf die Investitionssumme handle oder ob die Förderung auch im Hinblick auf eine Staffelung geringer ausfallen könnte.

Bgm. Margreiter antwortet, dass grundsätzlich pro Gruppe die Investitionen bis € 55.000,-- gefördert werden. Beim gegenständlichen Antrag zu TOP 1 handle es sich nur um die erforderlichen Nachtragskredite. Die anderen Beträge seien bereits im Budget enthalten gewesen. Für die Förderung heranzuziehen sei aber die tatsächliche Investitionssumme. Die tatsächliche Investitionssumme sei höher als € 110.000,--.

Beschluss:

Der Antrag wird einstimmig genehmigt.

zu 2. Umbauarbeiten Büros des Umweltamtes und Nachtragskredit

ANTRAG:

Das Umweltamt beantragt die Durchführung länger schon dringend notwendiger Umbauarbeiten in den Büroräumlichkeiten. Die aufgrund vorliegender Angebote dafür erforderlichen Gesamtmittel betragen nnto. EUR 92.000,00.

Nachdem hiefür im Haushaltsplan keine Mittel vorgesehen sind, wird auf HH-Konto 1/852023-614900 (Vorhaben – Umbau Umweltamt) ein Nachtragskredit in der Höhe von EUR 92.000,- genehmigt. Die Finanzierung erfolgt in voller Höhe durch Entnahme aus der zweckgebundenen Haushaltsrücklage über HH-Konto 2/852023-894000 (Sonderrücklage Müllbetriebe). Die Mittel werden in der Gesamthöhe freigegeben.

Gleichzeitig wird der Bürgermeister ermächtigt, die Aufträge für die einzelnen Gewerke dieses Vorhaben im Rahmen dieser Mittelfreigabe zu vergeben.

BEGRÜNDUNG:

Im HH-Plan 2023 sind für dringend erforderliche Umbauarbeiten im Umweltamt keine Mittel vorgesehen.

Die im Bereich des Umweltamtes befindlichen und in die Jahre gekommenen Elektroheizungen müssen ausgetauscht werden. Die dafür notwendigen Elektroverteiler müssen dafür erneuert bzw. neu errichtet werden und es ist erforderlich, die notwendigen Fluchtorientierungsbeleuchtungen nach Vorgabe zu installieren. Des Weiteren sollen die derzeitigen Arbeitsplätze für die Mitarbeiterinnen als ergonomische Arbeitsplätze ausgeführt werden.

Ebenso soll das Umweltamt als zentrale Anlaufstelle und Drehscheibe für alle bürgerrelevanten Themen und Anliegen als einladende und freundliche Orte der Begegnung für Bürgerinnen und Bürger ausgebaut bzw. umgebaut werden.

Da die Zutrittszahlen seit dem 01.01.2021 (hier wurden die Zählungen mittels Lichtschranke gestartet) ständig steigen, ist es dringend notwendig, die Räumlichkeiten des Umweltamtes auch an diese neuen Erfordernisse anzupassen.

Besucherzahlen:	Jahr 2021	37.655 Zutritte
	Jahr 2022	45.494 Zutritte
	Jahr 2023	23.174 Zutritte bis zum 30. Juni 2023

Der Umbau soll durch Vergabe der verschiedenen Gewerke an verschiedene Unternehmen sowie Eigenleistungen durch den städtischen Bauhof erfolgen und schlüsselt sich wie folgt auf:

Bodenlegearbeiten	Firma Kalischnig, Hall	€ 18.632,64 netto
Elektroarbeiten	Firma Pickl, Hall	€ 45.720,41 netto
Installationsarbeiten Sanitär	Firma Tusch, Hall	€ 1.595,50 netto
Installationsarbeiten Klimaanlage	Firma Kältepol, Natters	€ 15.692,50 netto
Trockenbauarbeiten	Firma H. Hauser, Hall	€ 3.435,06 netto
Fenster Beschattung	Firma Kleinlercher, Völs	€ 2.584,00 netto
Material Bau- und Malerarbeiten	Städtischer Bauhof	€ 4.340,00 netto
Gesamtsumme		<u>€ 92.000,11 netto</u>

Aufgrund der vorliegenden Angebote (wurden durch das Bauamt – Herrn Schöpf erhoben) sollen die für die Umbauarbeiten des Umweltamtes notwendigen Gewerke an die jeweilige Billigstbieterfirma vergeben und die vorgesehenen Mittel als Nachtragskredit in Höhe von netto Euro 92.000,00 zur Gänze freigegeben werden. Um entsprechende Beschlussfassung wird gebeten.

Wortmeldungen:

GRⁱⁿ Bucher-Innerebner ist verwundert, dass der gegenständliche Antrag in keinem Ausschuss behandelt worden sei. Sie sei auch erstaunt darüber, wieso der Betrag nicht budgetiert worden sei. Natürlich sei es unsere Aufgabe, dass die Mitarbeiter moderne Arbeits-

plätze bekämen, aber sie würde gerne wissen, ob es da jetzt irgendeinen Grund gebe, dass man diese Arbeiten jetzt machen müsse.

GRⁱⁿ Partl weist darauf hin, dass der Bereich des Stadtservice von sehr vielen BürgerInnen und auch Touristen frequentiert werde. Außerdem seien dort mehrere Damen im Frontbereich tätig, es bestehe aus ihrer Sicht ein dringender Bedarf der beantragten Umbauarbeiten.

Bgm. Margreiter ergänzt, dass es auch technische Gründe für die beantragten Umbauarbeiten gebe, wie beispielsweise Fluchtwegbeleuchtung, die nicht den Vorgaben entsprechen würde. Überdies seien beispielsweise uralte Elektroheizkörper mit entsprechend hohem Verbrauch im Einsatz.

GR Visintainer ergänzt, dass es sich hierbei um keinen wirklich neuen Antrag handle, den Antrag gebe es seit Jahren, nur werde eben seit Jahren „geschoben“. Er sei der Meinung, dass bei der hohen Anzahl von Zutritten sich die Mitarbeiter diesen Umbau jedenfalls verdient hätten.

GRⁱⁿ Bucher-Innerebner ergänzt ihre Wortmeldung dahingehend, dass sie dem Antrag zustimmen werde, wenn es tatsächlich so sei, dass die Mitarbeiterinnen unter den derzeitigen Arbeitsbedingungen leiden würden.

GR Hinterholzer stellt die Frage in den Raum, ob noch budgetmäßig etwas übrigbleibe, wenn beispielsweise Fahrzeug kaputt werden.

Bgm. Margreiter bejaht dies, aber natürlich bleibe nicht so viel übrig um beispielsweise einen gänzlich neuen LKW anzuschaffen. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Finanzierung der Umbauarbeiten aus der freien Rücklage.

GR Staudinger betont, dass das Stadtservice eine Visitenkarte der Stadt Hall darstelle. Es gehe hier nicht nur um eine Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern.

GR Visintainer und Bgm. Margreiter weisen unisono darauf hin, dass im Hinblick gerade auf Fahrzeuge „etwas auf uns zukommen werde“, man diese Beträge aber nie konkret budgetieren könne.

GR Viertl stellt die Frage in den Raum, ob man Alternativen zur Stromheizung angedacht habe.

Bgm. Margreiter erläutert, dass das ganze Rathaus elektrisch beheizt sei, für Alternativen müsste man komplett neue Rohre etc. verlegen. Es habe dazu schon einige Überlegungen gegeben, aber das würden dann ganz andere Investitionen darstellen. Selbstverständlich werde dies in Zukunft einmal Thema werden.

GRⁱⁿ Pfohl betont, dass genau bei diesem Thema sichtbar werde, wie notwendig eine vorausschauende Planung sei.

Bgm. Margreiter weist bereits jetzt darauf hin, dass in Zukunft einiges an Investitionen betreffend Umbauarbeiten im Haus anstehen werde. Im nächsten Jahr sei beispielsweise die Neugestaltung der Büros im 2. OG Rathaus erforderlich. Hier würden drei Mitarbeiterinnen in einem kleinen Raum unter sehr beengten Verhältnissen arbeiten. Es solle auch der Einbau von Nasszellen mitgedacht werden. Diese Investitionen seien für das Budget im kommenden Jahr gedacht. Auch Umgestaltungen im Bauamt würden anstehen, die nächstes Jahr zu budgetieren seien. Das Thema „Heizung“ sei für ihn ein großes Thema, wie man eben das Rathaus künftig zeitgemäß beheizen könne.

GR Viertl weist darauf hin, dass in der Begründung des Antrags zu TOP 2. die „Ausführung der derzeitigen Arbeitsplätze für die Mitarbeiterinnen als ergonomische Arbeitsplätze“ angeführt sei. Es sei dann aber keine weitere Erläuterung enthalten, was mit „ergonomische Arbeitsplätze“ gemeint sei.

StR Tilg und GR Visintainer bringen ein, dass es sich hierbei um die ergonomische Ausgestaltung im Hinblick auf beispielsweise Stühle, Tische, Leuchten etc. handle.

Ersatz-GR Niedrist ergänzt dazu, dass sicher auch Eigenleistungen von der Stadt Hall erbracht werden.

GRⁱⁿ Bucher-Innerebner urgiert, dass bei der Aufstellung des Umweltamtes eine Aufstellung betreffend die ergonomischen Arbeitsplätze fehle.

Bgm. Margreiter erläutert im Hinblick auf den Antrag, dass es sich hierbei um die Mittelfreigabe von netto € 92.000,- (brutto € 110.000) lt. Aufstellung handle. Das werde eben auf Grund dieses Antrags gemacht, mehr nicht.

Beschluss:

Der Antrag wird einstimmig genehmigt.

zu 3. Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit bei Tagesordnungspunkt 4. und 5.

Wortmeldungen:

GR Viertl stellt die Frage, ob bei einem Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit dann auch die Veröffentlichung selbst unter Verschluss bleibe.

Dies wird von Bgm. Margreiter bejaht. Bgm. Margreiter weist darauf hin, dass der als Zuhörer anwesende Vorstandsvorsitzende der Hall AG, Herr Mag. Holzknecht, als Betroffener und allenfalls als Auskunftsperson zu TOP 4. bei der Sitzung weiter dabeibleiben könne.

Beschluss:

Der Ausschluss der Öffentlichkeit wird einstimmig genehmigt.

zu 4. Bieterverfahren - 3. Runde; Postgrundstücke Essacherstraße (Teilnahme HallAG Kommunal GmbH, Stadtgemeinde Hall in Tirol)

Dieser TOP wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

zu 5. Verleihung der Haller Sportnadel - Nachnominierung

Dieser TOP wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

zu 6. Anträge, Anfragen und Allfälliges

Wortmeldungen:

GRⁱⁿ Pfohl fragt auf Grund der urlaubsbedingten Abwesenheit von Vbgm. Julia Schmid bezüglich der Nachnutzung der Ausweichräumlichkeiten/Container Küche („Culinarium“) bei den tirol kliniken nach, ob hier die Errichtung eines Ausweichquartiers für den Kindergarten Schönegg denkbar bzw. möglich wäre. Die tirol kliniken stünden hier angeblich positiv gegenüber. Es wäre dies ein Anliegen gerade im Hinblick auf die Mieter des Marktangers (z.B. Physiotherapie Geisler), die für ihre Tätigkeiten Ruhe bräuchten, die jedoch nicht gewährleistet werden könne, wenn der Dachboden durch den Kindergarten benützt werde.

Bgm. Margreiter teilt mit, dass er diesbezüglich bereits in seinem Urlaub von Vbgm. Schmid eine E-Mail erhalten habe. Er hatte noch nicht die Möglichkeit, die tirol kliniken zu kontaktieren, werde aber versuchen, das noch in dieser Woche unterzubringen.

GR Viertl erkundigt sich im Hinblick auf den am 19.09. stattfindenden nächsten Gemeindegtag, wie hier die Stellung des Bürgermeisters dazu aussehe, da im Hinblick auf den Konkurs der GemNova auch der Gemeindeverband in massive Bedrängnis geraten könne.

Bgm. Margreiter führt aus, dass die angestrebte Rettung der GemNova eine sehr dramatische Situation dargestellt habe. Es habe jedoch letztendlich kein Szenario gegeben, wie es hätte weitergehen können. Es sei dann letztlich auch zu gar keiner Abstimmung gekommen, weil beim letzten Gemeindegtag nicht die geforderten 90% der Bürgermeister anwesend gewesen seien. Der Gemeindeverband sei nun von den Banken mit Patronatserklärungen konfrontiert worden. Problematisch werde es dann, wenn Gläubiger der GemNova sich an den Gemeindeverband halten würden, wenn allenfalls die GemNova unterkapitalisiert wäre. Dann könne es Durchgriffshaftungen geben. Aus Sicht des Bürgermeisters sei nun abzuwarten, wer mit welchen Argumenten Durchgriffshaftungen behaupte, wobei aus seiner Sicht durchaus das Risiko von Prozessen in Kauf zu nehmen sei. Wichtig sei nun ein taktisches Vorgehen und er empfehle dies auch dem Präsidium, wenn er kontaktiert werde. Ganz grundsätzlich sei er der Meinung, dass es schon vernünftig sei, einen Gemeindeverband zu haben, aber dieser habe gerade in der Vergangenheit oft „zu wenig Kante“ gezeigt. Es sei sehr viel generell auf die Gemeinden abgeladen worden. Betreffend die Konstellation eines Gemeindeverbandes gebe es grundsätzlich die Form – wie bisher – eines Vereins oder auch eines Verbandes im Sinne der TGO. Derzeit sei eine gewisse „Schockstarre“ zu bemerken. Es gebe seitens des Gemeindeverbandes bis dato weder einen Antrag auf Erhöhung der Mitgliedsbeiträge noch sonst etwas.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt Bürgermeister Dr. Margreiter die Sitzung um 18:55 Uhr.

Die Schriftführerin:

Der Bürgermeister:

Mag. Ingrid Windbichler eh.

Dr. Christian Margreiter eh.

Die Protokollunterfertiger:

GR Dr. Christian Visintiner eh.

GR Benjamin Hinterholzer eh.